

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition über den Filialen 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2,40 Mk., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 698.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition über den Filialen 70 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 4.— Mk. pro Tausend für die Gesamtausgabe, bei Teilausgabe 4,50 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer freih 9 Uhr.

Fernsprecher: 2721. Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Die Leipziger Schneidermeister haben die Aussperrung der Schneider in Leipzig für Sonnabend, den 9. März, beschlossen.

Die Wehrvorslagen sind dem Bundesrat zugegangen, die Deckungsfrage ist noch ungelöst.

Die deutsche Regierung erklärt, daß sie keine Truppen nach China senden wird.

Die österreichische Regierung hat wegen der Demission des ungarischen Kabinetts die Wehrvorslage zurückgezogen und ein Provisorium eingebracht.

Dem Schweizer Nationalrat wird eine Forderung für Rüstungen in Höhe von 15 Millionen Franken vorgelegt werden.

Wahlrechtsanfaren.

Leipzig, 7. März.

Der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiterschaft um ein streies Wahlrecht, der die herrschenden Klassen in Deutschland seit fast einem Jahrzehnt in Atem hält, ist durch die Reichstagswahlbewegung etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Ist auch die Beständigkeit der einzestaatlichen Wahlrechts von bestimmdem Einfluß für die Politik des Reiches, wie zuletzt erst wieder die politischen Vorgänge in Bayern gezeigt haben, so standen doch diesmal nicht die Fragen des Wahlrechts, sondern die des Imperialismus und der Wirtschaftspolitik im Vordergrunde des Reichstagswahlkampfes. Es bedurfte eines neuen kräftigen Impulses, um der Wahlrechtsfrage wieder den bevorzugten Platz unter den Aufgaben des Proletariats zu geben, der ihrer Bedeutung gebührt, und um die Massen der Wahlrechtskämpfer wieder in Fluss zu bringen.

Dieser Impuls ist am Dienstag durch die Verhandlungen über den Wahlrechtsantrag unserer Genossen im sächsischen Landtag gegeben worden. Wie die Wahlrechtsbewegung in den deutschen Bundesstaaten im Jahre 1905 durch die glänzenden Wahlrechtsdemonstrationen des sächsischen Proletariats einen kräftigen Anstoß erhielt, so bedeutet der jetzige Vorstoß der sächsischen Sozialdemokratie den ersten energischen Auftakt für den Wiederaufmarsch der Arbeiterbataillone, der hoffentlich im ganzen Reiche ein lebhaftes Echo wecken wird. Hatten die bürgerlichen Parteien im vorigen Landtag es fertig gebracht, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag, mit dessen sofortiger Einbringung unsre Genossen ihre parlamentarische Tätigkeit im neugebildeten Zierklassenlandtag begannen, unter den Tisch verschwinden zu lassen, so blieb ihnen diesmal die klare und eindeutige Stellungnahme nicht

erspart, so sauer ihnen das auch geworden sein mag. Und dieser Zwang der bürgerlichen Parteien zur Aufdeckung ihrer Karten bedeutet allein schon für die Sozialdemokratie einen großen Gewinn, so wenig die Verhandlungen selbst auch, um im landläufigen bürgerlichen Jargon zu sprechen, einen „positiven Erfolg“ brachten. Die Sozialdemokratie hat nie auf dem Standpunkt gestanden, die Parlamentstribüne ausschließlich unter dem Gesichtswinkel sogenannter positiver Arbeit zu bewerten. Wenn sie das ablehnte und ihre Wählerschaft immer und immer wieder auf den Klassenscharakter der bürgerlichen Gesellschaft aufmerksam mache, deren ausführendes Organ das Parlament ist, so bewahrte sie das Proletariat vor Illusionen, die seinem Emanzipationskampfe nur schädlich sein können. So kann auch der „negative“ Ausgang der Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtag, weit entfernt, die organisierte Arbeiterschaft zu entläuschen, ihren Kampfeselster nur von neuem entflammen und das Proletariat zu verdoppelten Kraftanstrengungen im Kampf um die volle staatsbürgliche Gleichberechtigung ermuntern. Die Verhandlungen haben unser Agitationsmaterial manch neue, brauchbare und schneidige Waffe zugeschafft, und wenn sie sonst kein andres Ergebnis gezeigt hätten würden, so würde die Tatsache allein schon das Einbringen des Antrags lohnen.

Jede selbständige und energisch geführte politische Aktion des Proletariats zieht mit mathematischer Sicherheit den Zusammenschluß der verschiedenen bürgerlichen Interessengruppen zu gemeinsamer Abwehr nach sich. An dieser Binsenfahrung vermag auch die Erziehung nichts zu ändern, doch hier und da die Führer dieser oder jener Gruppe sich zu einem vorübergehenden Bündnis mit der organisierten Klassenpartei des Proletariats bereit zu zeigen. Die Bereitwilligkeit der Führer wird legten Endes immer wieder von den Massen ihrer Gefolgsleute korrigiert, die entschlossen das Steuer selbst in die Hand nehmen, wenn jene zu versagen scheinen. Das schlicht natürlich nicht aus, daß die „eine reaktionäre Masse“, die bei solchen Anlässen dem Proletariat gegenübersteht, in sich selbst wieder zerlüftet ist und, bei aller Übereinstimmung des Ziels im einzelnen Falle, in ihren Bewegungsgründen und Grundanschauungen weit auseinandergeht. Dieses Bild bot sich auch bei der Behandlung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags in der „Vollversammlung“ des sächsischen Landtages. Als unser erster Redner, Genosse Fleischer, zu seiner großzügigen Begründungsrede ansetzte, verließen die Minister mit ihrem Trost von Geheimräten fluchtartig den Saal, den sie auch während der dann folgenden Debatten nicht wieder betraten. Mit diesem demonstrativen Abmarsch wollten die Regierungsbürokraten lund tun, daß für sie die sozialdemokratische Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts undisputabel ist. Sie befundeten damit aber nur wider Willen, daß die

Regierung der Witzthum, Sendewitz und Genossen nur die Regierung einer kleinen Minderheit des sächsischen Volkes ist, die, eingesetzt von einer dem Volke nicht verantwortlichen Stelle, die Klasseninteressen dieser Minderheit vertreibt. So gestaltete sich der Abmarsch der regierenden Bürokratie zu einem Aufstand gegen die große Mehrheit des sächsischen Volkes, als deren Wortsührerin die Sozialdemokratie mit ihrem Antrag austrat.

Die bewußte Missachtung, ja Verhöhnung des Volkswillens, kam nicht minder auch in dem Verhalten der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck. Die läßglistische Rolle spielten wie immer, so auch hier die liberalen Parteien. Daß die Konervative jeder Erweiterung der Volksrechte feindlich gegenüberstehen, bedarf kaum einer besonderen Betonung. Aber diese Schwärmer für Volksnebelung und Ausnahmegerichte haben wenigstens den Mut, aus ihrer wahren Besinnung leinerlei Hehl zu machen. Ihr Wortsührer Schmidt, ein Typus des feisten Agrarlers, der vor drei Jahren zusammen mit dem jeglichen Ministerialdirektor Heinrich angezogen wurde. Das jetzige Pluralwahlrecht enthalte ganz ungenügende Rauten gegen eine Überflutung des Parlaments mit Sozialdemokraten, und es sei nicht ausgeschlossen, daß bei einer späteren Wahl ein Drittel der Sitze der äußersten Linken zufalle, womit dann eine Verfassungsänderung „im staatserhaltenden Sinne“ unmöglich geworden sei. Herr Schmidt und seine Freunde würden es deshalb am liebsten sehen, wenn möglichst umgehend eine noch weitere Verschlechterung des Wahlrechts erfolgte.

Waren diese Ausführungen auch brutal, so waren sie doch ehrlich, ein Kompliment, das man den liberalen Rednern nicht machen kann. Dem freisinnigen Heros Günther ging der Antrag viel zu weit; er konnte sich allenfalls — in der Theorie wenigstens — für das Reichstagswahlrecht begeistern. Und dieweil der große Wortheld merken mochte, daß er mit dieser Rückwärtskonzentrierung des Fortschritts hinter das Programm der Liberalen von 1848, die damals, wie Genosse Fleischer nachgewiesen hatte, zum guten Teil dieselben Forderungen erhoben hatten, wie sie in dem sozialdemokratischen Antrag niedergelegt sind, inszenierte er nach bewährter Methode eine große Schimpfanade gegen die Sozialdemokratie. Womöglich noch jämmerlicher aber nahm sich der nationalliberale Herr Nitschke. Er zetete mit hochrotem Kopfe gegen die Sozialdemokratie, die 1895

Feuilleton.

Die Kinder des Zorns.

Eine Geistesgeschichte von Jeppo Astjaer.

Autorisierte Übersetzung von Erich Holm.

[Nachdruck verboten.]

Schulpflichtig.

„Soll der Junge heute wieder nicht in die Schule gehen?“ fragt Ann-Kjetlin eines Morgens beim Frühstück, als Per schon den zweiten Monat keine Schule gesehen hatte.

„Ich begreife nicht, wo du hindenkst!“ erwiderte Bertel mit einem zornigen Blick und zog seinen Hornlöffel aus dem Mund, daß er förmlich zwischen den Zähnen knirschte.

„Kann man ihn heute entbehren, wo man die Knechte auf der Heide hat und keins daheim ist, nach was zu schauen?“ Dir ist's aber auch, zum Teufel, ganz gleich, ob was getan wird auf dem Hof oder nicht, wenn nur für deine Einsiedlergläser und Vorrate gesorgt ist.“

„Ach, du brauchst nicht gleich aufzubegreifen,“ gab Ann-Kjetlin zurück. „Mir liegt viel dran, ob der Junge in die Schule kommt oder nicht! 's ist nur, weil der neue Mehner so streng mit den Geldbüchsen ist, du weißt es ja ohnehin.“

„Das ist mit einer sauberen Ware, diese Mehner, die eins jehtiger Zeit herkriegt, machen sich so wichtig, oh je, so paziig und wichtig!“ meinte Bertel, aufgebracht auf der Bank hin und her rückend.

„Ja, da läßt sich weiter nichts sagen, wenn eins dem nachgeht, wies ihm obliegt.“

„Ja, so soll er meinewegen Bußen einheben, der Sauker! Da tu ich noch lieber — in Gottes Namen — ellihe Kronen an Bußen hinlegen, wenn man dann den Burschen

daherhalten kann, so daß man doch so was wie einen Ruhm aus ihm herausschlägt.“

„Ja, aber,“ fuhr Ann-Kjetlin fort und segte etliche Brotrunden in die hohle Hand, „s heißt nur, daß sie so unjung hoch sind, die Geldstrafen, die er auferlegt, gar so richtig; eine ganze Krone jedesmal — wenns wahr ist, was die Leute sagen — und wenns länger dauert, geht er noch mehr in die Höhe damit.“

„Gott beschütze und bewahre uns!“ rief Bertel verblüfft. „Da könnte man ja um ein halbes Roß kommen von wegen so eines Lausbuben, den man vielleicht vier oder sechs Wochen daheimgehalten hat. Aber sag ichs nicht, daß es wahre Schandtale sind, die heutzutage in die Höhe kommen? Gehört sich das, daß so einer Mehner wird, der grad nur — das kann man wahrhaftig sagen — darauf aus ist, den Bauern zu rungenieren? Wenn sie sonst nichts können, soll der Teufel die ganze Schullehrerei holen. Wenn sie noch was lernen täten, was einen Sinn hat, wo sie sich später einmal daran halten könnten; aber es hört einer bald nie mehr ein Gottes Wort in der Schule. Das Ganze läuft jetzt nur noch auf die Vaterlandsgeschichte hinaus. Und da werden sie meiner Seele weit kommen damit, wenns hapert. Was lernt er euch denn, der, der — das Gespenst?“ wandte sich Bertel, indem er offenbar nach einem möglichst ausdrucksvollen Kraßwort über den Schullehrer suchte, an Per.

„Die Landkarten müssen wir anschauen lernen,“ erwiderte dieser mit leiser Stimme.

„Oh, da lernt lieber gleich schauen in meinen — alten Stiebel!“ fuhr Bertel den Per wilder an, als ob er ihn für die neue Unterrichtsmethode verantwortlich machen wollte: „Euern Katechismus sollt ihr lernen — und das Bater unser — und nachher, wo ihr was zum Beißen herkriegt! — Landkarten! Bah! So einer wie du soll Landkarten lernen! Sollst du vielleicht hinaus und in der Fremde umherreisen? Hast du vielleicht was, womit du zeigen täfst? Deine Arbeit sollst du machen, mein Lieber, und dir die Worte zu Gemüth führen, die ich habe lernen müssen in meiner Kinderlehrte.“

Fürchte Gott, den König ehre, heißt des Heilands raine Lehre.“

Geh, stellst dich mit dem Jungen her, als könnte er davor, was die in den Schulen lernen; er muß doch tun, was ihn der Mehner heißt.“

„Ja, ja!“ brummte Bertel voll Wut, „es kommt mir grad in den Sinn, was der alte Pastor bei der Schulprüfung zu den Büben über seine Mutter gesagt hat; die Ann-Marie Kjaersgaard, die hat für gar so geschickt im Rechnen gelten wollen; und der Mehner hätte es gern gesehen, daß ihr der Vorzug vor uns andern gegeben worden wäre. Aber der alte Nonnolt, der hat zur Antwort gegeben — und er war, meiner Seele, einer, der sich drauf verstanden hat: „Ach, so viel rechnen wird sie bald können, um die Würste zusammenzuzählen, die sie einmal auf ihrer Stange haben wird.“ Und so ist's auch zugetroffen!“ schloß Bertel.

Per senkte den Kopf bei dem Gelächter des Gesindes. Aber das Ende dieses Morgengesprächs war doch, daß Bertel, um seinen Geldsaal beizustehen, Per zur Schule schickte.

Als Per gegen Mittag aus der Schule kam, brachte er einen Zettel mit heim.

„Was ist das für ein Geschreihe?“ Bertel hatte schon seine Brille hervorgezogen.

„Der Mehner hat mir ihn mitgegeben,“ sagte Per. Das Schreiben des Küstlers teilte mit, daß Per die Schule nicht eher wieder besuchen dürfe, als bis er eine Kur gegen den Hautausschlag durchgemacht, an dem er leide und demzufolge es unverantwortlich wäre, ihn mit andern Kindern auf einer Schulbank sitzen zu lassen. Der Lehrer riet Bertel, ihn möglichst ärztlich behandeln zu lassen.

Per stand in sich gekunken und verzog da und betrachtete seinen lieblosen Herrn, während dieser den Brief durchblätterte. Seine Wangen waren von getrockneten Tränen gestreift. Offenbar hatten die Kameraden ihn auf dem Heimweg gehänselt.